

<b>Wahlprogramme 2017 / Arbeit &amp; Soziales</b>		
<b>Grüne</b>	<b>AfD</b>	<b>Linke</b>
<p>"In den letzten Jahrzehnten wurde unsere Gesellschaft offener und vielfältiger. Das hat ihr gutgetan." Gesellschaftlich werben die Grünen daher mit dem Motto "keine Toleranz gegenüber der Intoleranz" und mit dem Thema Chancengleichheit: "Eine Gesellschaft ist möglich, in der alle Menschen am Wohlstand beteiligt sind, in der jede und jeder eine Chance bekommt und selbstbestimmt die eigenen Ziele verfolgt." Sie stellen sich gegen die Armut in Deutschland und für eine bessere soziale Sicherung durch die "Bürger*innenversicherung". Ein weiterer Standpunkt der Grünen: Der Islam gehört zu Deutschland. (S. 7, 9, 10, 116, 122, 199)</p>	<p>Ein wichtiger Punkt des AfD-Wahlprogramms ist die Familienpolitik, der sie alle anderen sozialen Politikfelder unterordnet: "Ohne ausgeglichene Geburtenbilanz ist der soziale Friede, soweit er auf unserem Sozial-, Renten- und Gesundheitssystem basiert, gefährdet." Daher wird auf die Familienpolitik besonderer Wert gelegt. (S. 34)</p>	<p>Soziale Gerechtigkeit und der Kampf gegen Armut sind Kernpunkte des Wahlprogramms: "Der Reichtum wächst jeden Tag, aber er kommt nur Wenigen zugute." Das möchte die Linke ändern, unter anderem mit der Abschaffung des Hartz-V-Systems. Sie fordern stattdessen eine Mindestsicherung von 1050 Euro pro Person und Monat. Das Arbeitslosengeld 1 soll länger gezahlt werden.(S. 4, 8)</p> <p>In Sachen Gesellschaft setzt sich die Partei für ein Deutschland ein, in dem alle gleichberechtigt leben, "unabhängig von ihren individuellen Fähigkeiten, ihrer körperlichen Verfassung, ihrer Herkunft und sozialen Stellung, ihres Geschlechts, Alters oder ihrer sexuellen Orientierung". Sie möchte die Rechte der Queer-Community stärken. Die Linke möchte außerdem einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr sowie mehr sozialen Wohnungsbau durchsetzen. (S. 4, 45, 76, 91)</p>

<b>Wahlprogramme 2017 / Familie</b>		
<b>Grüne</b>	<b>AfD</b>	<b>Linke</b>
<p>Die Grünen lehnen eine traditionelle Rollenaufteilung zwischen Mann und Frau ab. Sie sind außerdem für eine Ehe für alle und die Stärkung der Rechte der LSBTIQ-Community. Der "Pakt für das Zusammenleben" soll als neue Rechtsform die Ehe ergänzen. Ebenfalls geplant ist ein</p>	<p>Die AfD folgt einem konservativ und national geprägtem Familienbild: Der „Schrumpfung unserer angestammten Bevölkerung“ muss laut AfD mit einer „nationalen Bevölkerungspolitik“ entgegen gewirkt werden. Der Erhalt des eigenen Staatsvolks ist für die AfD vorrangige Aufgabe der Politik</p>	<p>Die Linke steht für eine Ehe für alle und eine bessere Vereinbarkeit von Arbeit und Familie und neue Arbeitszeitmodelle. "Wir streiten für die Gleichwertigkeit aller Lebensentwürfe, sexuellen Orientierungen und geschlechtlichen und ethnischen Identitäten." Der Schutz des Staates soll</p>

<p>sogenanntes Familien-Budget: "Mit dem Familien-Budget werden Kinderfreibetrag, Kindergeld, Kinderzuschlag und Kinderregelsatz zu einer unbürokratischen Leistung zusammengeführt."</p> <p>Ein Reformpaket soll Kinderarmut bekämpfen, Familien finanziell entlasten und Alleinerziehende unterstützen, konkrete Maßnahmen nennen die Grünen nicht. Jeder soll Anspruch auf einen Ganztagesplatz in einer Kita bekommen. Familienplanung soll durch kostenfreie Verhütungsmittel und die "Kinderzeit Plus" vereinfacht werden. Gegen Gewalt gegen Frauen möchte die Partei stärker vorgehen und unter anderem die Finanzierung von Frauenhäusern sichern. (S. 10, 123, 128, 133, 135, 172, 176, 210)</p>	<p>und jeder Regierung. Sie möchte die Gesellschaft familien- und kinderfreundlicher gestalten. Familien sollen weniger Abgaben zahlen und durch verschiedene Maßnahmen finanziell unterstützt werden.</p> <p>Die Partei spricht sich gegen Abtreibung aus, insbesondere soll der "lebensrettende Ausweg der Adoption erleichtert und gefördert" werden. Die Partei lehnt eine Ausweitung des Begriffs Familie über die „klassische Familie“ aus Mann, Frau und Kind ab. Außerdem sollen „naturegegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern“ nicht durch die „Gender-Ideologie“ thematisiert werden. Diese Ideologie sei verfassungsfeindlich. (S. 36-38)</p>	<p>allgemein Menschen mit Kindern und Pflegebedürftigen zugutekommen statt nur Eheleuten. (S. 26, 71, 73)</p> <p>Ein Ziel des Wahlprogramms ist ein kostenloses Ganztags-Betreuungsangebot für Kinder, auf den ein Rechtsanspruch bestehen soll. Eltern haben den Plänen nach einen Kündigungsschutz bis zum 6. Lebensjahr des Kindes. Um Kinderarmut vorzubeugen, möchte die Linke Elternarmut durch verbesserte Arbeitsbedingungen bekämpfen (siehe Punkt "Arbeit") und einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr und kostenlosen Zugang zu Kultur- und Bildungseinrichtungen ermöglichen. Das Kindergeld möchte die Linke auf 328 Euro im Monat anheben und eine zusätzliche Kindergrundsicherung in Höhe von 573 Euro einführen. Kinder sollen täglich kostenlos eine gesunde warme Mahlzeit bekommen können. (S. 8, 25-27, 52)</p>
--	--	---

<b>Wahlprogramme 2017 / Arbeit</b>		
<b>Grüne</b>	<b>AfD</b>	<b>Linke</b>
<p>Ein weiteres Ziel des Wahlprogramms ist die gleiche Bezahlung von Männern und Frauen. Dies soll ein Entgeltgleichheitsgesetz regeln. Eine 50-Prozent-Frauenquote für die Führungsgremien von den oberen 3500 börsennotierten deutschen Unternehmen soll ebenfalls gelten. Sie möchten branchenverbindliche Tarifverträge sowie eine Mindestausbildungsvergütung</p>	<p>Die AfD möchte das Arbeitslosengeld 1 an die vorangegangene Arbeitsdauer koppeln, sodass Menschen, die lange gearbeitet haben, auch länger Arbeitslosengeld 1 beziehen können. Den Mindestlohn befürwortet sie, da er die Niedriglohneempfänger stärke. Außerdem möchte sie eine gesetzliche Obergrenze von 15 Prozent Leih- und Werksvertragsarbeitern</p>	<p>Arbeit ist ein Kernthema des linken Wahlprogramms. Ein Mindestlohn von 12 Euro pro Stunde - das fordert die Linke. Von diesem Mindestlohn dürfe es keine Ausnahmeregelungen geben. In der Pflege soll der Mindestlohn höher, nämlich bei 14,50 Euro, liegen. In Sachen Löhne sollen außerdem Manager- und Vorstandsgehälter maximal 20 Mal so hoch wie der niedrigste</p>

<p>einführen, deren Höhe sie nicht näher beziffern. Scheinselbstständigkeit soll unterbunden werden.</p> <p>Die Grünen planen, eine "flexible Vollzeit" einzuführen, in der die Arbeitszeit um zehn Stunden pro Woche reduziert und wieder erhöht werden darf. Sie möchten die Verhältnisse im überwiegend weiblichen "Dienstleistungsprekariat" verbessern. Ein Tarifvertrag "Soziale Dienste" soll in der gesamten Branche gelten. Außerdem sollen Erzieherinnen und Erzieher besser bezahlt werden. (S. 9, 10, 129-131, 178, 217, 218)</p>	<p>in einem Unternehmen einführen. (S. 50, 56)</p>	<p>Lohn im Unternehmen sein, ansonsten drohe eine Strafsteuer. Über ein verbindliches Entgeltgleichheitsgesetz soll die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen ausgeglichen werden. Grundsätzlich verurteilt die Linke den alltäglichen Sexismus, insbesondere im Arbeitsleben, scharf.</p> <p>Die Partei sagt prekären Arbeitsverhältnissen den Kampf an und möchte Befristungen, Minijobs und Leiharbeit und schlechte Bezahlung beenden: "Arbeit muss für alle Menschen sicher und unbefristet, tariflich bezahlt, sozial abgesichert und demokratisch mitgestaltet sein." Speziell im digitalen Sektor möchte sie Arbeitnehmerrechte stärken und z.B. Crowdwork-Plattformen an Sozialsystemen beteiligen.</p> <p>Die Linke möchte Tarifverträge stärken und die Möglichkeiten, einen Tarifvertrag als allgemeinverbindlich zu erklären, erleichtern. Damit jeder eine Arbeit finden kann, soll die Arbeitszeit auf eine 30-Stunden-Woche, also sechs Stunden Arbeitszeit pro Tag, begrenzt werden. Die Höchstarbeitszeit dürfe 40 Stunden pro Woche nicht mehr überschreiten, so der Plan der Partei. Wer Teilzeit arbeitet, soll einen Rechtsanspruch auf 22 Arbeitsstunden pro Woche bekommen. Der Mindesturlaubsanspruch soll außerdem von 24 auf 30 Tage erhöht werden. Auch die Arbeit der Gewerkschaften möchte die Linke durch verschiedene Maßnahmen unterstützen (siehe S. 18-19). (S. 7, 8, 11-16, 71)</p>
---	--	---

<b>Wahlprogramme 2017 / Rente</b>		
<b>Grüne</b>	<b>AfD</b>	<b>Linke</b>
<p>Die Grünen setzen sich für eine Mindestrente, die "Garantierente", ein. Am Rentenalter von 67 Jahren halten sie fest, dafür solle Altersteilzeit ab 60 erleichtert werden. Sie stehen hinter den drei Säulen der Altersvorsorge: gesetzlich, privat und betrieblich. "In der Altersvorsorge wollen wir mit einem staatlichen Basisprodukt eine transparente Alternative zum Dschungel der Altersvorsorgeprodukte schaffen." Außerdem geplant sind eine schnellere Angleichung der Ost- und West-Renten und ein stabiles Rentenniveau, (S. 162, 197-199)</p>	<p>Grundsätzlich befürwortet die Partei eine Kombination aus gesetzlicher Rente, privater Vorsorge und Betriebsrente. Die AfD fordert Rente nach einer bestimmten Arbeitsdauer, nämlich nach 45 Jahren Arbeitszeit. Alle versicherungsfremden Leistungen sollen über staatliche Transferleistungen finanziert werden.</p> <p>Die AfD klagt die EZB an, dass ihre Nullzinspolitik kapitalgedeckte Alterssicherungen, wie z.B. Betriebsrenten, gefährde. Das Rentensystem solle laut AfD-Plänen stärker aus Steuermitteln finanziert werden - dazu sollen die Leistungen in der Migrationspolitik in die Altersvorsorge gesteckt werden. Das Modell zur Rente für Parlamentarier möchte die AfD auf eine private Rentenvorsorge umstellen. Eltern sollen für ihre Erziehungszeiten eine Rentenerhöhung bekommen, die konkrete Höhe gibt die AfD nicht bekannt. (S. 10, 12, 54, 55)</p>	<p>Die Linke kritisiert steigende Altersarmut. Die Partei setzt sich daher für eine solidarische Mindestrente ein: Jeder Rentner soll monatlich mindestens 1050 Euro Einkommen haben. Renten unterhalb dieser Grenze sollen vom Staat aufgestockt und die Renten in Ost und West sofort angeglichen werden. In Rente soll man grundsätzlich ab 65 Jahren gehen können. Wer 40 Beitragsjahre zusammen hat, kann ab 60 Jahren in Rente gehen. Jeder, auch Politiker oder Freiberufler, soll ausnahmslos in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, damit das Rentensystem funktioniert. Daher spricht sich die Partei auch gegen Riester-Renten oder kapitalgedeckte betriebliche Altersvorsorge aus.</p> <p>Zusätzlich möchte die Partei das Rentenniveau, also das Verhältnis des durchschnittlichen Lohns zur durchschnittlichen Rente, auf 53 Prozent anheben. Das bedeutet laut Wahlprogramm rund 120 Euro Rente mehr im Monat. (S. 6, 8, 21-22, 64)</p>

<b>Wahlprogramme 2017 / Gesundheit</b>		
<b>Grüne</b>	<b>AfD</b>	<b>Linke</b>
<p>"Wir werden die Zwei-Klassen-Medizin abschaffen und stattdessen mit einer Bürger*innenversicherung eine gute Gesundheitsversorgung für alle ermöglichen"</p>	<p>Das Gesundheitssystem ist laut AfD bedroht. Die Partei wirbt für eine flächendeckendere Versorgung. Pflegepersonal und Ärzte sollen in erster Linie in Deutschland ausgebildet</p>	<p>Die Linke beklagt den Zustand des Krankenkassensystems, der Krankenhäuser und der Pflege. Das Gesundheitssystem soll "als Teil des Sozialstaats öffentlich organisiert</p>

<p>- so der Plan der Grünen. Die Ausbildung aller Gesundheitsberufe soll kostenlos werden. Pflegezeit Plus und zehn Tage Freistellung mit Lohnersatzleistung ist die Antwort der Partei auf akute Pflegefälle in der Familie. (S. 173, 202)</p>	<p>werden. Die AfD fordert gleich hohe Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteile an der Pflege- und Krankenversicherung. Schuld am Finanzierungsnotstand seien die Mehrkosten durch Flüchtlinge und die Zinspolitik der EZB (Europäische Zentralbank). Die Partei spricht sich gegen die Freigabe von Cannabis aus. (S. 56-61)</p>	<p>werden", d.h. die Linke ist gegen Privatisierungen.</p> <p>Eine "solidarische Gesundheitsversicherung" soll das aktuelle "Zwei-Klassen"-System aus privaten und gesetzlichen Krankenkassen ablösen. In die geplante Gesundheitsversicherung würde somit jeder mit einem Einkommen einzahlen, z.B. auch Beamte. Zusätzlich sollen 100 000 weitere Stellen für Pflegekräfte geschaffen werden, die über den ehemaligen Pflegevorsorgefonds finanziert werden sollen. Eine weitere Forderung: der Pflegemindestlohn (siehe "Arbeit"). (S. 8, 28-36)</p>
---	---	---

<b>Wahlprogramme 2017 / Integration &amp; Asyl</b>		
<b>Grüne</b>	<b>AFD</b>	<b>Linke</b>
<p>In Sachen Integration und Asyl erinnern die Grünen an die eigene Flüchtlingsgeschichte der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg oder aus der DDR. Deutschland solle weiterhin flüchtenden Menschen "Schutz und Heimat" bieten. Die Grünen schlagen vier Punkte für eine geregelte Einwanderung vor: Fluchtursachen bekämpfen, legale Fluchtrouten einrichten, ein schnelleres und faireres Asylverfahren durchsetzen sowie Integration fördern, unter anderem mit einem Integrationsgesetz und mehr Geld für Kommunen.</p> <p>Sie fordern eine faire Handelspolitik mit armen Ländern, einen Stopp der</p>	<p>Die AfD fordert eine Grenzschießung, um Deutschland vor „überwiegend beruflich unqualifizierten Asylbewerbern“ zu beschützen. Asylpolitik stellt sie hinter innenpolitische Themen: "Vorrang vor Zuwanderung haben familien- und bevölkerungspolitische Maßnahmen." Asyl behandelt die AfD nicht als Grundrecht, es wird dem Nutzen für den Staat untergeordnet nach dem Motto "ausschließlich qualifizierten Zugang nach Bedarf". Flüchtlinge sollen in erster Linie Zuflucht außerhalb der EU-Grenzen (z.B. in ihren Heimatregionen) finden.</p> <p>Die AfD fordert nach dem</p>	<p>Die Linke fordert sichere Fluchtwege, ein Bleiberecht für alle sowie einen sofortigen Abschiebestopp: Man werde sich nicht damit abfinden, "dass Menschen im Mittelmeer ertrinken oder in Tod und Folter abgeschoben werden." Deutschland ist laut der Partei längst ein Einwanderungsland. Die Linke betont, dass Asyl ein Menschenrecht sei. Sie kritisiert die Diskriminierung von Asylbewerbern am Arbeitsmarkt und fordert den Mindestlohn für alle. "Wir lehnen eine Einwanderungs- und Integrationspolitik ab, die Rechte danach vergibt, ob Menschen den richtigen Pass haben oder als 'nützlich' für Unternehmen gelten."</p>

<p>Rüstungsexporte und mehr Geld für humanitäre Hilfe. Das Asylrecht solle nicht weiter verschärft werden. Der Familiennachzug soll den Plänen der Grünen zufolge vereinfacht, Residenzpflicht und Wohnsitzauflage abgeschafft werden. Das Asylverfahren und die Kontrolle der Grenze müsse allerdings besser geregelt werden, auch durch ein Einwanderungsgesetz. Eingewanderte oder Flüchtlinge sollen schneller Anspruch auf die deutsche Staatsangehörigkeit haben.</p> <p>Die Grünen positionieren sich klar gegen die Abschottungspolitik und die Zäune in Europa: "Diese Abschottung ist unmenschlich." Sie stehen für eine faire Verteilung der Flüchtenden zwischen den EU-Staaten. Das Abkommen mit der Türkei möchte die Partei auflösen. Einwanderung von Arbeitskräften soll durch ein einfacheres Einwanderungsrecht attraktiver werden. (S. 7, 10, 98-110, 115)</p>	<p>„Abstammungsprinzip“ in Deutschland geborenen Kindern von Migranten die Staatsbürgerschaft zu verweigern. Sie spricht sich gegen den Familiennachzug aus. Zusätzlich sollen in Deutschland lebende EU-Bürger vier Jahre lang aus dem Sozialsystem ausgeschlossen werden. (S. 28-31)</p>	<p>Die Linke möchte den Fluchtursachen in den Herkunftsländern mehr Entwicklungshilfe und einem faireren globalen Handel entgegensetzen: "Dringend notwendig wäre dagegen, friedliche Konfliktlösungen zu stärken und die Ursachen von Flucht und Vertreibung zu bekämpfen: einen ungerechten Welthandel und den globalen Kapitalismus." Außerdem will die Partei Waffenexporte sofort verbieten. Den "schmutzigen Deal" mit der Türkei will sie beenden. (S. 5, 6, 9, 68, 69, 121)</p>
--	--	---

<b>Wahlprogramme 2017 / Sicherheit</b>		
<b>Grüne</b>	<b>AfD</b>	<b>Linke</b>
<p>"Wir statten Gerichte, Polizei und Sicherheitsbehörden besser aus – mit mehr Personal, einer guten Aus- und Weiterbildung und zeitgemäßer Technik", so beschreiben die Grünen ihre Position zur inneren Sicherheit. Statt weiterer Grundrechtseingriffe fordern sie "wirksame Prävention und effektive Strafverfolgung". Sie sind gegen Vorratsdatenspeicherung und möchten</p>	<p>Die AfD fordert den Aufbau eines deutschen Grenzschutzes. Die größte Bedrohung sieht sie durch den „internationalen islamischen Terror“, der mit „allen zur Verfügung stehenden legalen Mitteln“ bekämpft werden müsse. "Die Schaffung einer EU-Armee oder den Einsatz deutscher Streitkräfte für fremde Interessen lehnt die AfD ab" - stattdessen möchten sie eine</p>	<p>Innenpolitisch stellt die Linke eine Verrohung des gesellschaftlichen Klimas fest. Sie spricht sich gegen eine staatliche Überwachung aus. Die Partei kritisiert die intransparente und ineffiziente Arbeit der Geheimdienste und fordert, keine V-Leute mehr einzusetzen und langfristig Geheimdienste abzuschaffen. Die Polizei soll bürgernaher werden und ihre</p>

<p>Videoüberwachung nicht generell, sondern nur an gefährlichen Orten ermöglichen. Gefahren für die innere Sicherheit sehen sie im Dschihadismus und Rechtsextremismus. Die Bundeswehr möchte die Partei auch künftig nicht im Inneren einsetzen. Ein weiterer Punkt: Der Verfassungsschutz soll reformiert werden.</p> <p>"Eine Erhöhung der Militärausgaben ist nicht sinnvoll", befinden die Grünen. Mehr Geld für Rüstung lehnen sie daher ebenso ab wie Waffentransporte, die ein Rüstungsexportgesetz weiter beschränken soll. Sie möchten stattdessen 0,7 Prozent des BIP in die Entwicklungsarbeit stecken und die Kooperation auf europäischer und internationaler Ebene stärken: "Die Welt wird nur sicherer werden, wenn wir international nicht weniger, sondern enger zusammenarbeiten." Die Nato sehen sie dabei als wichtigen Partner für Europa. An den Vereinten Nationen möchten sie sich finanziell stärker beteiligen. Auslandseinsätze der Bundeswehr sollen stärker geprüft und evaluiert werden. (S. 67, 75, 85, 86, 88, 117, 136, 138, 140-142)</p>	<p>autonome deutsche Sicherheitsstrategie. Dazu soll die Wehrpflicht wieder eingeführt werden.</p> <p>Innenpolitisch sieht die Partei einen Zusammenhang zwischen Kriminalität und Ausländern. Besonders eine höhere Anzahl der Muslime stelle „eine zunehmende Gefährdung unseres inneren Friedens“ dar. Sie fordert die Ausweisung krimineller Flüchtlinge. Ein weiteres Ziel der Partei ist ein dauerhafter Sitz Deutschlands im Sicherheitsrat. Die IT-Sicherheit soll zum Schutz vor Industriespionage erhöht werden. Konkrete Maßnahmen nennt die AfD nicht. (S. 17-19, 33, 65)</p>	<p>Aufgabenverteilung überprüft werden.</p> <p>Äußere Sicherheit soll nicht mithilfe des Militärs hergestellt werden: "Wir lehnen Aufrüstung, Waffenexporte und Auslandseinsätze der Bundeswehr sowie jegliche deutsche Unterstützung von Militärinterventionen ab", schreibt die Linke in ihrem Wahlprogramm. Rüstungsausgaben sollen gesenkt werden. (S. 4, 8, 119-121)</p>
---	---	---

<b>Wahlprogramme 2017 / EU + Außenpolitik</b>		
<b>Grüne</b>	<b>AfD</b>	<b>Linke</b>
<p>Die Grünen sprechen in ihrem Wahlprogramm von einer "Krise Europas"; sie sehen Differenzen in der EU, insbesondere in der Flüchtlingspolitik. Doch grundsätzlich sieht die selbsternannte Europa-Partei die Zukunft</p>	<p>Die AfD wünscht sich ein "Europa souveräner Staaten, die partnerschaftlich zusammenarbeiten". Sie möchte aus der Währungsunion austreten und die D-Mark wieder einführen. Die „vorbildlose</p>	<p>Die Linke sieht die EU in einer Krise; sie klagt zunehmende Abschottung, Aufrüstung und zunehmenden Rassismus und Nationalismus an. Die Partei fordert einen "Neustart der Europäischen Union" mit neuen Verträgen</p>

<p>in einem vereinten und solidarischen Europa, in "mehr Europa": "Für ein friedensstiftendes Europa, das nach innen zusammenarbeitet und nach außen gemeinsam handelt und gegen Hetze und Nationalismus." Europaweit sollen die Löhne für gleiche Arbeit stärker angeglichen werden. Das gewählte Europaparlament soll mehr Rechte bekommen, zum Beispiel soll es eigene Gesetze einbringen können. Härte bei den Brexit-Verhandlungen unterstützen die Grünen. Eine weitere Forderung: das kostenlose Interrail-Ticket zum 18. Geburtstag. Mit einem europaweiten Zukunftsfond möchte die Partei die Modernisierung der Staaten vorantreiben und sie in Krisen unterstützen.</p> <p>Außenpolitisch finden die Grünen klare Worte: Den amerikanischen Präsidenten Donald Trump nennen sie "einen gefährlichen Narzissten", sie möchten sich stärker mit den US-Bundesstaaten statt mit der Regierung austauschen. Sie kritisieren scharf, dass Kriegsparteien weltweit das Völkerrecht nicht mehr einhalten. Dem russischen Präsidenten Wladimir Putin werfen sie die "völkerrechtswidrige Annexion der Krim", seine Unterstützung des Präsidenten Baschar al-Assad in Syrien und die "aggressive Großmachtspolitik Russlands" vor. An den Sanktionen gegenüber Russland halten sie fest. In Sachen Türkei positionieren sich die Grünen gegen Erdogan und fordern einen Stopp der Waffenlieferungen in das Land. Zwischen der EU und Afrika möchten</p>	<p>Konstruktion" des Staatenbunds EU ist laut AfD gescheitert. Deutschland solle den Euroraum verlassen.</p> <p>Außenpolitisch lehnt die AfD bilaterale Handelsabkommen, also unter anderem TTIP oder CETA, ab. Ebenso ist sie gegen einen Beitritt der Türkei zur EU und fordert das Ende der Beitrittsverhandlungen. Die AfD fordert das Ende der Sanktionen gegen sowie eine engere Zusammenarbeit mit Russland. (S. 6, 15, 17, 18, 20)</p>	<p>und mehr Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten: "Soziale Rechte, Tarifverträge und demokratische Gestaltungsmöglichkeiten müssen Vorrang vor den Binnenmarktfreiheiten der Unternehmen haben." Die Kapitalmärkte der Mitgliedstaaten sollen nicht weiter miteinander verknüpft werden. (S. 5, 9, 109)</p> <p>Außenpolitisch sieht sich die Linke als Partei des Friedens: "Wir kämpfen für konsequente Abrüstung und wollen den Export und die Produktion von Waffen und Rüstungsgütern verbieten", stattdessen sei eine aktive Friedenspolitik gefordert. Deutschland müsse dringend die international zugesagten 0,7 Prozent des BIP in Entwicklungshilfe stecken.</p> <p>"Wir wollen die Beteiligung von Bundes- und Länderpolizeien an internationalen Polizeieinsätzen beenden, die der Unterstützung von Kriegen und autoritären Regimen dienen. Eine Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich mit autoritären Regimen zur Flucht- und Migrationsabwehr lehnen wir ab." Der Flüchtlingsdeal mit der Türkei müsse aufgekündigt werden. Die Partei fordert außerdem statt der Sanktionen gegen Russland eine "Friedens- und Entspannungspolitik". Freihandelsabkommen lehnt die Linke kategorisch ab. Die Linke fordert außerdem einen Stopp des Handelskriegs mit Venezuela und eine Normalisierung der Beziehungen zu Kuba. Die Nato solle keine neuen Mitglieder</p>
---	--	--

<p>sie ein Zukunftspaket aushandeln. Zur Lösung des Israel-Konflikts halten sie an der Zwei-Staaten-Lösung fest. Die Entwicklungsziele der UN unterstützt die Partei, Deutschland solle eine humanitäre Führungsrolle einnehmen. Dem US-amerikanischen Whistleblower Edward Snowden möchten sie Asyl gewähren. (S. 8, 10, 11, 65, 66-69, 71, 73-76, 82, 150)</p>		<p>aufnehmen, die Ostpolitik allgemein entspannt werden. Die Linke fordert den Schuldenschnitt für Griechenland. (S. 9, 99, 100, 104-106)</p>
--	--	---

Wahlprogramme 2017 / <b>Steuern + Finanzen</b>		
Grüne	AfD	Linke
<p>Eine Vermögenssteuer für Superreiche und eine gerechte Erbschaftssteuer möchten die Grünen einführen. Der Grundfreibetrag soll erhöht werden, ebenso der Spitzensteuersatz. Das Ehegattensplitting sei "unmodern", so die Grünen, und biete Anreize für Geringbeschäftigung von Frauen. Deswegen soll es abgeschafft und durch eine Familienförderung ersetzt werden. Die hohe Vermögenskonzentration bei einigen wenigen schadet auch laut OECD der Wirtschaft und Gesellschaft. Eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte ist ein weiteres Ziel der Partei.</p> <p>"Mit einer einseitigen Sparpolitik hat sie [die Große Koalition] die Gräben in der EU vertieft." Außerdem fordern die Grünen, dass große Unternehmen keine Steuerflucht mehr betreiben und ihre Steuern in Deutschland zahlen. Ein neues Regelwerk soll helfen, die "Bekämpfung von Steuer- und Kapitalflucht" durchzusetzen. Die Spekulation mit</p>	<p>Die AfD ist grundsätzlich gegen eine härtere Besteuerung und spricht sich gegen die Einführung einer Vermögenssteuer aus. Sie möchte die Erbschaftssteuer als Substanzsteuer abschaffen.</p> <p>Kleine und mittlere Einkommen sollen durch die Erhöhung des Grundfreibetrags entlastet werden. Das Ehegattensplitting soll durch ein "sozial gerechtes" Familiensplitting ergänzt werden, bei dem das Familieneinkommen auf alle Familienmitglieder verteilt wird.</p> <p>Eine Reform der Steuersysteme soll es für den Bürger einfacher machen. Die Mehrwertsteuer will die AfD um sieben Prozent senken. Ausgeglichene Haushalte und somit die "Schwarze Null" sind das erklärte Ziel der Partei: "Die Staatsausgaben sind durch Einnahmen zu decken." Die Tilgung bestehender Schulden soll verbindlich gesetzgeberisch geregelt werden.</p>	<p>"Ungleichheit ist unsozial. Wir steuern um" - die Linke möchte mithilfe von Steuern die soziale Gerechtigkeit wiederherstellen: Um ihre Pläne finanzieren zu können, setzt sich die Linke für die Einführung einer Vermögenssteuer, auch Reichensteuer genannt, und einer Erbschaftssteuer ein. Vermögen über einer Million sollen mit fünf Prozent besteuert werden, was 80 Milliarden zusätzlich in die Staatskasse bringen soll. Sie fordert unter anderem eine höhere Körperschaftssteuer von 25 Prozent, eine Finanztransaktionssteuer und mehr Personal im Steuervollzug. Hohe Erbschaften möchte die Linke ebenfalls höher besteuern. Die Partei kritisiert die Mehrwertsteuer, da sie niedrige Einkommen stärker belaste. (S. 8, 36-38)</p> <p>Um niedrigere und mittlere Einkommen zu entlasten, möchte die Linke den Grundfreibetrag von aktuell 8.820 Euro im Jahr auf 12.600 Euro erhöhen - monatlich</p>

<p>Nahrungsmitteln an den Finanzmärkten verurteilen die Grünen scharf. (S. 8, 10, 92, 171, 191, 194)</p>	<p>(S. 48, 49, 51)</p>	<p>1050 Euro Einkommen, d.h. die Mindestsicherung, wären damit steuerfrei. Die Pläne zur Einkommensteuer sehen außerdem vor, Einkommen über 260.000 Euro mit 60 Prozent zu besteuern und Einkommen über einer Million mit 75 Prozent. Auch Konzernsteuern sollen erhöht werden.</p> <p>Grundsätzlich möchte die Linke, dass der Staat wieder stärker in Bildung, Pflege, sozialen Wohnungsbau, schnelles Internet oder öffentlichen Nahverkehr investiert. Investitionen müssten vor der "Schwarzen Null" stehen - neue Schulden sollen demnach gemacht werden dürfen. Die Partei spricht sich gegen weitere Privatisierungen aus und möchte den Finanzsektor deutlich stärker besteuern, regulieren und kontrollieren. (S. 8, 42, 80-82)</p>
--	------------------------	---

<b>Wahlprogramme 2017 / Bildung</b>		
<b>Grüne</b>	<b>AfD</b>	<b>Linke</b>
<p>Die Grünen kritisieren, dass die soziale Herkunft noch zu oft über Bildungs- und Aufstiegschancen entscheide. Sie setzen sich für ein möglichst langes gemeinsames Lernen ein. Ihr Ziel ist, "sieben Prozent (statt derzeit circa 4,2 Prozent) der Wirtschaftsleistung in die allgemeine Bildung und mindestens 3,5 Prozent (statt derzeit circa 2,9 Prozent) in Forschung und Entwicklung zu investieren". Ein Förderprogramm in Höhe von zehn Milliarden Euro soll marode Schulen sanieren. (S. 172, 175, 177)</p>	<p>Die AfD möchte wieder die Vermittlung von Fachwissen statt Kompetenzen in den Mittelpunkt stellen. Sie fordert in ihrem Wahlprogramm den Erhalt von Sonderschulen und des mehrgliedrigen Schulsystems sowie eine Stärkung der Ausbildungsberufe.</p> <p>Sie spricht sich gegen Islamunterricht an Schulen aus. Statt dem Bachelor-Master-System fordern sie eine Rückkehr zu Diplom und Magister.</p>	<p>"In der Schule wirkt die soziale Herkunft wieder stärker: Wer arm oder als Arbeiterkind hineingeht, geht in Richtung Niedriglohn heraus"- das möchte die Linke verhindern. Statt eines dreigliedrigen Schulsystems ist sie für eine Gemeinschaftsschule. Diese soll ganztägig betreuen und inklusiv sein. Förderschulen sollen abgeschafft werden. Die Linke möchte das Kooperationsverbot in Sachen Bildung zwischen Bund und Ländern aufheben und fordert, mehr Geld in die Sanierung stecken und mehr Personal</p>

	(S. 41, 42)	<p>einzustellen.</p> <p>Auszubildenden soll eine Mindestausbildungsvergütung, ähnlich des Mindestlohns, beim Berufsstart helfen. Ebenso soll das Bafög rückzahlungsfrei auf 1050 Euro erhöht werden - finanziert durch die Mittel des Deutschlandstipendiums, das die Linke abschaffen möchte. Die Partei möchte Hochschulen und Universitäten inklusiv, barrierefrei ausgestalten und kostenfrei halten und den Einfluss der Wirtschaft auf die Lehre und Forschung verringern. Erwachsenenbildung soll durch einen Weiterbildungsfonds und gesetzlich geregelte Lohnfortzahlungen bei Fortbildungsteilzeit gestärkt werden. (S. 6, 15, 51, 53, 55, 57)</p>
--	-------------	--

<b>Wahlprogramme 2017 / Spezialthemen</b>		
<b>Grüne</b>	<b>AfD</b>	<b>Linke</b>
<p><b>Umweltschutz</b></p> <p>Das erste Viertel ihres Wahlprogramms widmen die Grünen dem Thema Umweltschutz. Sie erinnern an Dürren, Artensterben, Hochwasser und den steigenden Meeresspiegel. Sie klagen den aktuellen Umgang mit der Natur und mit Ressourcen an und sprechen sich daher für das Pariser Klimaschutzabkommen aus. Diese sei die letzte Generation, die etwas gegen den Klimawandel tun könne.</p> <p>Die Partei möchte sich für sauberes Wasser</p>		<p><b>Schere zwischen Arm und Reich:</b> "Die soziale Ungerechtigkeit ist eines der größten Probleme unserer Zeit": Dieses Thema zieht sich durch das Wahlprogramm der Linken. Insbesondere durch mehr Bildungsgerechtigkeit (siehe Bildung), Mindestrente und Mindestsicherung (siehe Rente, Arbeit) und eine neue Steuerpolitik (siehe Steuer- und Finanzpolitik) möchte die Linke die Schere zwischen Arm und Reich eindämmen.</p> <p><b>Kapitalismuskritik:</b> Auch die klassisch linke Kritik am Kapitalismus</p>

<p>und saubere Luft einsetzen. Sie fordert eine giffreie Landwirtschaft ohne Monokulturen oder Pestizide, abgasfreie Autos und eine umweltfreundliche Mobilität sowie den Ausbau grüner Technologien. Die Grünen sprechen sich klar gegen Fracking aus. Sie möchten schnellstmöglich aus der klimaschädlichen Kohle aussteigen und die industrielle Massentierhaltung beenden. Einige ihrer Ziele: "Gutes Essen ohne Gift und Gentechnik", "Erhalt unserer Lebensgrundlage", "Klima- und Artenschutz". Weitere Forderungen sind ein besserer Hochwasser- und Gewässerschutz, mehr Recycling. Die deutsche Öko-Industrie solle neue Arbeitsplätze schaffen. (9, 14, 15, 17, 18, 21-24, 57)</p>		<p>fehlt nicht im Wahlprogramm: Der globale Kapitalismus führe zu immer mehr Krisen und Umweltzerstörungen und diene den Superreichen statt der Mehrheit der Menschen, so die Linke. Insbesondere der Finanzkapitalismus steht bei den Linken in der Kritik: "Wohnungen, Lebensmittel, Gesundheit werden zu Märkten für die Spekulation. Die Gewinne kommen nur einer Minderheit zugute." Wirtschaftliche Macht übersetze sich in politische Macht. "Ein wirklicher Bruch mit dem Kapitalismus ist notwendig – sonst werden der Sozialstaat und die Demokratie in Europa weiter ausgehöhlt werden." Sie fordert daher ein neues Wirtschaftssystem: "DIE LINKE kämpft daher für Alternativen zum Kapitalismus. Wir wollen einen neuen Sozialismus, einen demokratischen, ökologischen, feministischen und lustvollen Sozialismus." (S. 4-7, 80)</p>
---	--	--

Entnommen aus: <http://www.bundestagswahl-bw.de>